

Krakauer Zeitung.

Nr. III.

Dinstag den 16. Mai

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnements-Preis für Krakau 3 fl., mit Verlängerung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr.

Nedaktion, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anzeigblatt für die erste Ein- rückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Sempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Nr. 11368.

Zu Gunsten der durch Feuer am 21. Mai 1864 verunglückten Bewohner der Gemeinde Kuryłówka, Rzeszower Kreises, sind im Laufe dieses Jahres beim l. f. Bezirksamt in Leżajsk nachstehende milde Gaben weiter eingeflossen, als:

Österr. W.	fl.	fr.
Bon dem Krakauer Pfarrsprengel	5	—
vom Pfarramt Wysoka Bezirk Łańcut	2 50	—
Bezirk Zassow	7 97	—
Magistrat Leżajsk	1 10	—
Pfarramt Niegowice, Bezirk Nie- polomice	4 63	—
Bezirksamt Złoczów	9 2	—
von der Stadt Stanislau	5 75	—
vom l. f. Bezirksamt in Brzozow	6 40	—
l. f. Bezirksamt in Winniki	6 28	—
Mogilaner Pfarramt, Bezirk Ska- wina	2 —	—
l. f. Bezirksamt in Sternberg	4 —	—
l. f. Bezirksamt in Maehrisch- Ostrau	5 —	—
l. f. Bezirksamt in Ulo in Mähren	3 77 1/2	—
Stadtmagistrate in Olmütz	6 —	—
Bezirk Dobromil:		—
Gemeinde Przedzielnica	1 10	—
Nowemiasto	2 —	—
Boniowice	2 —	—
Tarnawa	1 —	—
Pielnica	1 —	—
Rosenburg	1 —	—
Lacko	1 —	—
Hucisko	1 —	—
Posada nowomiejska	47	—
Hucaniki	73	—
Pacław	23	—
Polana	54	—
Kalwaryja	50	—
Kropionik	45	—
Leszczyny	26	—
Rudawka	25	—
Borysławka	65	—
vom Bezirk Mielnica	7 7	—
l. f. Bezirksamt in Brody	7 60	—
von Adalbert Rutowski, Gütercassier in Nyżnia	82	—
Franz Xaver Głodkiewicz, Pfarrer in Nyżnia	18	—
Ignaz Kustrzycki, gr. f. Pfarrer in Nowosiolki	50	—
Ignaz Wytozszyński, gr. f. Pfarrer in Hussaków	30	—
Rosa Bilska, Gutsbücherin in Kus- saków	50	—
Alex. Czajkowski, Gutsverwalter in Bakonczyce	50	—
Zenon Nowosielecki, Gutsbücher in Kniajczyce	30	—
Agoprowicz, Gutsbücher in Pro- chowice	50	—
Adalbert Ostafinski, Gutsverwal- ter in Rozubowice	1 —	—
Gregor Wasianowicz, Gutsverwal- ter in Złotkowice	20	—
Szymonowicz, Defonom in Rado- chome	20	—
Thadeusz Minczakiewicz, gr. fath. Pfarrer in Radochome	25	—
Wolski, Gutsbücher in Rybla	20	—
Johann Kotowski, Gutsbücher in Arinami	50	—
Joseph Szczewicz, gr. f. Decha- nat in Kłokowice	20	—
Joseph Jaworski, Gutsverwalter in Sirakosie	10	—
vom Latein. Pfarramt Barysz, Stani- slauer Kreises	2 50	—
vom Latein. Pfarramt Brzuza, Bezirk Leżajsk	5 12	—
vom l. f. Bezirksamt Skrawice	1 50	—
von 10 Gemeinden aus dem Dobromiler Bezirk	6 8	—
vom l. f. Bezirksamt Wallach-Mese- ritsch in Mähren	1 —	—
vom l. f. Bezirksamt Roznan	50	—
Neutitschein	1 75	—
Nikolsburg	50	—
Mistek	4 30	—
Iglau	80	—
Brünn	6 89	—
Steinitz	2 60	—
vom l. f. schlesischen Landesregierung	30 99	—

Fürtrag . 382 92 1/2

Übertrag vom l. f. Bezirksamt in Tischowitz von der Stadtgemeinde Grodek von der l. f. Landesregister in Schlesien vom Gemeinderath der Stadt Brünn Simon Jedlinski, Pfarrer in Niebylce Med. Dr. Orzakiewicz in Leżajsk Stokowski, Pfarrer in Sokołow Michael Huczynski, l. f. Finanzwaß-Commissär in Leżajsk Anton Swiadłowski, Bezirksschulrat in Leżajsk Jonas, Hauptmann des 77. Linien-Infanterie-Regiments Med. Dr. Bellar, Oberarzt des 77. Infanterie-Regiments Schindler, l. f. Lieutenant im 77. Linien-Infanterie-Regiment Alexander Wanicki, l. f. Bezirk-Canzellist in Leżajsk Friedrich Kühne, l. f. Major des 77. Infanterie-Regiments Nicolaus Rozdzielski, griech. kath. Pfarrer in Leżajsk Theodor Blaszk, l. f. Bezirkvorsteher in Leżajsk Cyprian Tarczyński, selbstständiger Bezirk-Adjunct in Leżajsk. Bajtli Bednarczuk, Amtsdiener-Gehilfe in Leżajsk Felic Zięba aus Leżajsk Panek, Pfarrer in Gielarowa von einem Unbenannten

Haupt-Summe aller bisher eingeflossenen milden Gaben 443 64 1/2 welche unter die Abbrändler der Gemeinde Kuryłówka bereits verteilt worden sind.

Was mit dem Ausdrucke des Dankes für die hochherzigen Spender zur öffentlichen Kenntniß hiemit gebracht wird.

Von der l. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 8. Mai 1865.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 28. April d. J. allernächst zu gestalten geruht, daß der f. f. Consul Adolph Schaeck das Mittelkreuz erster Classe des königl. bayerischen Verdienst-Ordens vom heil. Michael annehmen und tragen dürfe.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. Mai d. J. dem Hauptmann des Marine-zeugscorps Eduard Schönig die Bewilligung allernächst zu ertheilen geruht, das ihm vom Flecken Wyk auf der Insel Föhr verliehene Ehrenbürgerrecht annehmen zu dürfen.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 16. Mai.

Über den österreichisch-preußischen Depeschewchsel in Angelegenheit der Stände-Einberufung beschreibt man dem „Fremdenblatt“ vom 13. d. j.: Wenn es noch irgend eines Beweises bedürfte, daß Österreich vor Allem die Beschleunigung der Stände-Einberufung anstrebe, so würde die Schnelligkeit, mit welcher die auf diesen Gegenstand bezügliche preußische Depesche von dem diesbezüglichen Cabinet beantwortet wurde, hinreichend diesen Beweis zu liefern. Die österreichische Antwortnote wird heute bereits in Händen des Herrn von Bismarck sein. Diese Schnelligkeit ist an und für sich fast bereits eine eben so bündige Antwort als der Inhalt der Erwideration selbst. In Berlin, wo man Anfangs darauf rechnete, daß sich Österreich der Stände-Einberufung widersehe und man endlich zur Übung gezwungen gelange, daß man sich in der eigenen Schlinge gefangen, ging man bei Absendung der neuesten Depesche von der Absicht aus, eine Hinausschiebung der faktischen Stände-Einberufung dadurch zu bewerkstelligen, daß man eine nach Belieben dehbare diplomatische Campagne über diesen Gegenstand zu eröffnen suchte. Das österreichische Cabinet hat indessen diese Tendenz sofort erkannt und nicht nur die Depesche fast umgehend beantwortet, sondern sogar zu der einzigen Forderung, welche Gründ zu einer Verzögerung hätte geben können, nämlich die Handhabung der 1848er Wahlgesetz, ihre Zustimmung gegeben und hiedurch den Beweis geliefert, daß sie die Einberufung der Stände um jeden Preis beschleunigen wolle. Daß Desterreich endlich die Ausweisung des Erbprinzen, dessen Proklamirung als Herzog es als ersten Act der Stände wünscht, ablehnte, versteht sich von selbst. Es scheint, daß man jetzt in Berlin, vorausgesetzt, daß Herr v. Bismarck — was wir bezweifeln — sich nach oben noch sicher genug fühlt, zu heroischen Mitteln

teln greifen will, und die eben colportierte Nachricht, daß Dänemark sich bei Proklamirung des Herzogs nicht mehr an den Wiener Frieden gebunden halten würde, eine Nachricht, die einem dem Kopenhagener Cabinet gegebenen Winke sehr ähnlich sah, scheint uns bereits die Richtung anzudeuten, in welcher diese heroischen Mittel zu suchen sein würden. Indessen: Bang machen gilt nicht!

Das „Memorial diplomatique“ bezeichnet folgendes als den Inhalt der Depesche, welche Graf Mensdorff in Erwiderung des preußischen Vorschlags, die Repräsentation der Herzogthümer einzuberufen, unter dem 5. Mai nach Berlin gerichtet hat. Das Wiener

Cabinet beziehe sich darin auf seine im Protocoll Nr. 10 (Sitzung vom 18. Juni 1864) der Londoner Conferenz registrierten Erklärungen, um darzuthun, wie sehr der Vorschlag des Herrn v. Bismarck im Princip mit seinen eigenen Ansichten übereinstimme.

Weit entfernt also, die Zweckmäßigkeit dieses Vorschlags in Abrede zu stellen, empfiehlt Desterreich vielmehr die ausgedehnteste und, wenn der Ausdruck erlaubt sei, die uninteressirteste Ausführung desselben.

Es erkläre sich daher bereit, sich unverweilt seines Miteigenthumsrechts zu begeben und es ohne jede andere Entschädigung als die Rückstattung der Kriegskosten dem Herzog von Augustenburg abzutreten, welcher, in die Regierung der Herzogthümer einmal eingefest, darauf bedacht sein würde, die Vertreter des Landes einzuberufen, um die zwischen dem neuen Bundesstaate und Preußen zu treffenden Arrangements ihrer Sanction zu unterbreiten. Die

österreichische Depesche verweile des Längeren bei den Vorzügen dieser Combination. Preußen würde dann es mit Desterreich nicht mehr als mit einem Com-

possessor, sondern nur als mit einer deutschen Bunde- desregierung zu thun haben und frei und direct mit den Herzogthümern verhandeln können, ohne sich bei jedem Puncte erst des Beitratts Desterreichs versichern zu müssen. Für den Fall, daß Herr v. Bismarck auf die provisorische Einberufung des Herzogs von Augustenburg nicht eingehen wolle, schlage die österreichische Antwort eine zweite Alternative vor. Der Wiener

Hof willige in die unverweilte Einberufung der gesetzlichen Repräsentanten der Herzogthümer, und überlässe Preußen selbst die Wahl (?) zwischen dem Gesetze von 1848 und den anderen gesetzlichen Modis dieser Einberufung. Auch wolle Desterreich den Vertretern keineswegs, wie preußische Blätter insinuirt haben, blos ein consultatives Votum einzuräumen, sondern im Gegentheil durch ihre Abstimmung die definitive Lösung der Successionsfrage herbeigeführt sehen.

Nur sollten sich ihre Verhandlungen streng auf die durch die gemeinschaftliche Initiative der beiden Condottini ihnen gemachten Vorlagen beschränken. Nebrigens bestritten weder Desterreich noch der deutsche Bund Preußen das Recht auf Entschädigungen für sein Miteigenthum, woffern die Entschädigungen nur die Gränzen des Bunde-rechts einhielten.

In jenem Theile, welcher den Modus der Stände-Einberufung betrifft, scheint die Analyse unvollständig. Die „N. A. Z.“ meldet nämlich, wie gestern erwähnt, Desterreich habe vorgeschlagen, „zur Feststellung der Rechtecontinuität“ zunächst die Provinzialstände vom Jahre 1854 in den beiden Herzogthümern einzuberufen. Hieran dürfte Desterreich, was anstrebe, so würde die Schnelligkeit, mit welcher die auf diesen Gegenstand bezügliche preußische Depesche von dem diesbezüglichen Cabinet beantwortet wurde, hinreichend diesen Beweis zu liefern. Die österreichische Antwortnote wird heute bereits in Händen des Herrn von Bismarck sein. Diese Schnelligkeit ist an und für sich fast bereits eine eben so bündige Antwort als der Inhalt der Erwideration selbst. In Berlin, wo man Anfangs darauf rechnete, daß sich Österreich der Stände-Einberufung widersehe und man endlich zur Übung gezwungen gelange, daß man sich in der eigenen Schlinge gefangen, ging man bei Absendung der neuesten Depesche von der Absicht aus, eine Hinausschiebung der faktischen Stände-Einberufung dadurch zu bewerkstelligen, daß man eine nach Belieben dehbare diplomatische Campagne über diesen Gegenstand zu eröffnen suchte. Das österreichische Cabinet hat indessen diese Tendenz sofort erkannt und nicht nur die Depesche fast umgehend beantwortet, sondern sogar zu der einzigen Forderung, welche Gründ zu einer Verzögerung hätte geben können, nämlich die Handhabung der 1848er Wahlgesetz, ihre Zustimmung gegeben und hiedurch den Beweis geliefert, daß sie die Einberufung der Stände um jeden Preis beschleunigen wolle. Daß Desterreich endlich die Ausweisung des Erbprinzen, dessen Proklamirung als Herzog es als ersten Act der Stände wünscht, ablehnte, versteht sich von selbst.

Es scheint, daß man jetzt in Berlin, vorausgesetzt, daß Herr v. Bismarck — was wir bezweifeln — sich nach oben noch sicher genug fühlt, zu heroischen Mitteln

parlers zwischen Baron Werther und Grafen Mensdorff soll davon die Rede gewesen sein. Der Antrag Desterreichs wegen Bildung eines schleswig-holsteinischen Armeecorps liegt nicht vor. Compensationsgesuche werden nun auch von Berlin aus officiös demontirt.

Die „Presse“ vernimmt aus gutunterrichteter Quelle aus Berlin, daß Herr v. Bismarck sowohl in der Kieler, als in der Frage der Ständeberufung entschieden und ohne besondere Rücksicht auf Desterreich vorwärts zu gehen entschlossen war. Der mäßigende Einfluß, der dazwischen trat, wird der Königin-Witwe zugeschrieben, deren Meinung sich der König anschloß.

Nach der Berliner „Montags-Zeitung“ neymen die sogenannten Pourparlers zwischen den Regierungen von Desterreich und Preußen einen immer gespannteren Charakter an. Man versichert, daß von der preußischen Regierung eine nähere Mitteilung über die Gesichtspuncte veröffentlicht werden soll, von welchen man bei dem Beschuß einer „gemeinen“ Resolution zur Befreiung der deutschen Nordmarken“ ausgegangen ist. Durch die letzten Kundgebungen von Wien aus kann als sicher angesehen werden, daß die Einberufung der Stände der Elbherzogthümer vorläufig in nebelhafter Ferne gerückt ist. Wie man der „Kölner Ztg.“ aus Berlin schreibt, ist die Nachricht eines Hamburger Blattes, daß nächstens zwei Regimenter der preußischen Occupationstruppen als Ausgleichung für die Verlegung der Marinestation nach Kiel aus den Herzogthümern abrücken würden, unbegründet.

Einem Dresdener Tel. der „Wien. Chr.“ vom 14. d. folge ist es unbegründet, daß der Herzog Friedrich jüngst ein vertrauliches Promemoria in Berlin und Wien überreichen ließ. Seit dem letzten

Bundestagsbeschuß hat der Herzog nichts derartiges unternommen.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Minister des Auswärtigen auf Befehl der Kaiserin eine Deputation nach Turin geschickt, um zur Förderung der Unterhandlungen zwischen Turin und Rom, beziehungsweise zur Beleitigung der Schwierigkeiten beizutragen, welche die von Begezzi aus Rom mitgebrachten Vorlagen bei einem Theile des italienischen Ministeriums finden. Die Kaiserin wünscht persönlich sehr lebhaft, daß die Versuche zu einer Vereinbarung zwischen der römischen und italienischen Regierung zu einem befriedigenden Ergebnis führen.

Nach Pariser Nachrichten ist mehr als je die Rede von einer Landung des Kaisers in Civita-Bedea auf seiner Rückreise von Algier, um sich nach Rom zu begeben und dort mit dem heiligen Vater zu verhandeln. Es würde sich bei dieser Reise vorzüglich darum handeln, die Auslösung zwischen dem Papstthume und Italien zu fördern. Dr. v. Persigny hält sich seit seiner Rückkehr aus Rom in ein so unerschütterliches Schweigen, daß selbst seine nächsten Freunde von seiner Sendung und den Resultaten derselben nicht das Geringste zu erfahren vermögen.

Wie ein Telegramm des „Ferdiall“ aus Rom, 14. Mai, meldet, ist daß dem Papste gemachte Zuständigkeit, die Bischofssehe in den annexirten Provinzen zu bezeigen nur, ein beschränktes. Der König macht dem Papste einen Terno-Vorschlag und letzterer wählt von je drei vorgeschlagenen Candidates einen. Den Verhandlungen mit Begezzi assistierte eine päpstliche Commission, bestehend aus dem Cardinal Bizzozzi und den Prälaten Franzi Capolti und Ferrari.

Die mexicanische Deputation, welche, wie gemeldet, vom Kaiser Max I. von Mexico zur Erziehung eines Ausgleiches mit dem päpstlichen Stuhle vor einiger Zeit nach Rom geschickt worden war, hat erst eine einzige Audienz beim Papste gehabt, und wie die „N. A. Z.“ meldet, soll der ihr zu Theil gewordene Empfang sehr günstiger gewesen sein. Der Papst war ganz gegen seine Weise ziemlich heftig, und sprach d. B. sehr ernst zu Bischof Ramírez, der dem Orden der Observanten angehört, ungefähr folgende Worte: „Sie sind Religiöse, Sie sind Priester und Bischof, und doch trennen Sie sich von Ihren ehrwürdigen Brüdern und schließen sich einer solchen Deputation an!“ Auch bei Cardinal Antonelli kam es zu einer ziemlich heftigen Scene. Die weiteren Verhandlungen sollen nach diesen Vorgängen nur noch mit dem ruhigen und besonnenen Deputationsmitgliede Belasquez geführt werden. Man glaubt jedoch, daß die mexicanische Deputation den erwünschten Ausgleich kaum zu Stande bringen werde.

Wie ein Berliner Telegramm der „Wien. Chr.“ meldet, hat Preußen in seiner Note über die Ständeberufung Schleswig-Holsteins, Entfernung des Herzogs aus Kiel

rium mit Genehmigung des Königs die Auflösung der Cortes beschlossen hat.

Die Kronprinzessin von Brasilien, die in den letzten Tagen bekanntlich in Wien geweilt, konnte es nicht dahin bringen, der Königin von England vorgestellt zu werden. Man schreibt darüber aus Brüssel: Die legte reichs hervorgegangene Gesetz über die Grundentlastung des Königs nach England war mit durch den Versuch veranlaßt worden, eine Vorstellung der Kronprinzessin von Brasilien bei der Königin von England zu ermöglichen, um so den heissen Wunsch d. bejahrten Königin-Witwe Amalie, seiner Schwiegermutter und Großmutter des Grafen v. Gu, Gemahlin der Prinzessin zu entsprechen. Der Versuch war jedoch erfolglos. Außer dem Hindernis, daß bereits seit zwei Jahren keine brasilianische Gesandtschaft in England besteht, zeigte sich noch der Umstand als ein unübersteiglicher, daß Königin Victoria dahn sich ausgesprochen hat, daß sie weder eine Gesandtschaft annehmen, noch in irgend welche Beziehungen mit dem brasilianischen Hof treten könne, bis jeder der vom Jahre 1829 bis 1842 von englischen Capern aufgebrachten und der brasilianischen Regierung zu 7jähriger Lehrlingzeit übergebenen Priseunreger, sog. "Africanos livros", sowie deren Nachkommen in Freiheit gesetzt seien und auch den ihnen vertragsmäßig zukommenden Lohn für die ganze Zeit, in welcher sie in der Sklaverei gehalten worden sind, eine Summe, die eine halbe Million £. St. um Vieles übersteigt, ausgezahlt erhalten haben. Nachdem obiger Versuch fehlgeschlagen, verließ die Erbprinzessin England und begab sich nach Coburg, von wo sie nach Wien reiste.

Eant Berichten aus Mexico hat Cortina Saltville occupiert und bedroht Matamoras. Die Kaiserlichen unter Argon hatten bei Piedras eine Schlappe erlitten.

Alle türkischen Beamten sind aufgefordert worden, für eine Summe, die ihrem rückständigen Gehalte gleichkommt, auf die neue türkische Anleihe zu unterzeichnen.

Wien, 13. Mai. [Die Steuerreformfrage im Abgeordnetenhaus.] Seit dem Jahre 1858 wird die Steuerreform, welche die wichtigsten materiellen und persönlichen Interessen der Steuerträger berührt, beauftragt; ob sie endlich auch durchgeführt wird, hängt nur von der Entscheidung des Abgeordnetenhauses ab. Bereits im Vorjahr und wieder heuer hat die kais. Regierung die Vorlage gemacht und wurde ein ziemlich zahlreicher Ausschuss mit der Bearbeitung betraut. Dieser Reformausschuss hat in seinen beiden Sektionen, wie wir gestehen müssen, sich eingehend mit der Beratung der einzelnen Gesetzentwürfe beschäftigt und in großem Ganzen den Prinzipien der Steuerreform, wie sie in den Regierungsvorlagen durchgeführt sind, seine volle Zustimmung gegeben. Einzelne Modificationen wurden vorgeschlagen und diskutirt und wurden auch von den Regierungsvertretern in den meisten Fällen als zweckmäßig und zulässig erkannt. Diese so hochwichtige Arbeit ist so weit gediehen, daß wohl eine fachgemäße Berichterstattung im Reichsrath ermöglicht sein würde, allein durch das Vorgehen, das in der Budgetfrage eingehalten wurde, erübrigte hierfür keine Zeit mehr und es ist gewiß, daß, wenn die Arbeit nicht soweit kommen kann, daß nur mehr die kais. Sanction fehlt, sie ohne Zweck und Wirkung sein müßte. Bei dem Umstande nun, daß auch in der nächsten Session man der Sache keine andere Behandlung denn heuer wird geben können und daß die Session unmöglich so lange dauern könnte, daß innerhalb derselben die Angelegenheit bis zum Stadium der Sanction gebracht würde, mußte der Reformausschuss auf ein besonderes, in allen parlamentarischen Ländern übliches Auskunftsmitte bedacht sein, welches in dem Vorschlage des Ausschusses bestehet, daß die Fortsetzung der Thätigkeit des Steuerreformausschusses mittels eines zu berathenden Gesetzes über die Zeit der Schließung der Session des Gesamtreichsrathes hinaus, sowie für die allfällige Verlängerung derselben gestaltet werde, daß mit der Ausschuss in der Lage sei, sein Operat dem wieder versammelten Hause zur Vollberatung vorzulegen. Hierbei können wir nicht umhin, der bisherigen Uebung in unserem parlamentarischen Geschäftsgange zu gedenken, daß das in einer späteren Session verfasste Gesetz über die Zeit der Schließung des Ausschusses sowohl und conqueuter Weise auch die Reform der directen Besteuerung in dieser Legislatur soweit wie abgelehnt sei. Wir können diese Befürchtung, so gerechtfertigt sie gegenwärtig sein mag, nichttheilen, da wir uns nach unseren constitutionellen Prinzipien den Borgang in einem gesetzgebenden Körper des Reiches unmöglich denken können, Gesetzesvorlagen von Jahr zu Jahr Ausschüssen zur mühevollen und langwierigen Bearbeitung zuzuweisen mit dem vollen Bewußtsein, daß die Ausschussoperate zu einer Durchberatung in den beiden Häusern gar nicht gelangen werden. Unseres Erachtens nach ist die Steuerreform Österreichs eine so tiefgeführte Notwendigkeit und von so hoher Wichtigkeit, daß die Volksvertretung in Österreich eigentlich keine dringlichere Aufgabe hätte, als den wohlgegrundeten Beschwerden über ungerechte und theilweise übergeschworene Belastung der Steuerträger, wie sie in dem bisherigen Steuersystem begründet ist, endlich die ersehnte

Abschaffung zu schaffen und ein gesetzgeberisches Werk ins Leben zu rufen, welches auf dem Gebiete der Finanzwirtschaft ebenso segensreiche Wirkungen hervorzubringen im Stande ist, wie sie das aus der Initiative der ersten constitutionellen Versammlung Österreichs hervorgegangene Gesetz über die Grundentlastung hervorgebracht hat. Ist nun die Volksvertretung von dieser Wichtigkeit und Notwendigkeit der Steuerreform, wie wir auch nicht zweifeln, überzeugt, so kann ihr nicht zugemuthet werden, daß sie ein Auskunftsmitte zurückweisen würde, welches für das Zustandekommen der Steuerreformgesetze Bürgschaft leistet und dessen Ablehnung identisch ist mit der Ablehnung der Steuerreform überhaupt. Uebrigens hoffen wir von der Thätigkeit des Berichterstatters Dr. Mühlfeld und seiner Freunde im Steuerreformausschusse, es werde ihren Anstrengungen gelingen, über alle Hindernisse hinwegzukommen und die Steuerreform der wirklichen Aufführung entgegen zu führen, indem hier der große Interessen auf dem Spiele stehen und das Staatsbedürfnis wie die Notwendigkeit den öffentlichen Credit aufzurichten, als auch die ungleichmäßige Vertheilung der Abgabenlast zu einer gründlichen systematischen, auf volkswirtschaftlichen Unterlagen ruhenden Steuerreform unaufhaltsam drängen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses verhandelte am 13. d. über die Etsats der ungarischen Hofkanzlei und des Finanzministeriums pro 1866. Für die ungarische Hofkanzlei nimmt die Regierung 12,066,682 fl. in Anspruch. Berichterstatter Baron Streit beantragt bloss die Bewilligung von 11 1/2 Millionen. Vice-Hofkanzler v. Becke legt dar, daß nahestlich mit Rücksicht auf den Aufwand für die Theizregulirung die beantragte Summe nicht ausreichen werde. Abgeordneter Steffens stellt demzufolge den Antrag, für außerordentliche Ausgaben 300.000 fl. (um 100.000 fl. mehr als der Berichterstatter beantragt) zu bewilligen. Abgeordneter Dr. Taschel ist damit einverstanden, nur will er dann die für die ungarische Hofkanzlei mehr bewilligten 100.000 fl. bei der croatischen Hofkanzlei wieder in Abstrich bringen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters mit überwiegender Majorität angenommen. Bei dem Etsat des Finanzministeriums, über welchen Abgeordneter v. Grocholski referierte, erhob sich keine erhebliche Debatte.

—♦—♦—♦—♦—

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. Mai. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin wohnten heute Vormittags dem Gottesdienst in der Schönbrunner Schloßkapelle bei. Nachmittags machten allerhöchsteselben und die kaiserlichen Kinder einen Ausflug in die Umgebung von Hietzing. — Abends fand am a. h. Hofe in Schönbrunn Familienther statt, an welchem die hier weibrunden Mitglieder des kaiserlichen Hauses teilnahmen. Das Namensfest Ihrer k. Hoheit der Erzherzogin Sophie wurde heute am kaiserlichen Hofe in feierlicher Weise begangen. Um 9 Uhr brachte die Musik-Capelle des Infanterie-Regiments König der Belgier an der Volksgartenseite in der Nähe der Appartements der Erzherzogin ein Morgenständchen. Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin, Kronprinz Rudolph und Erzherzog Gisela kamen zur Beglückwünschung schon um halb 9 Uhr nach Wien. Später dauernde Auffahrt der übrigen Gratulanten. Von den abwesenden Mitgliedern des kaiserlichen Hauses trafen

ihre Majestät Kaiserin Maria Anna wird dem Vernehmen nach auch im heurigen Jahre den Sommeraufenthalt in Galera (im Venezianischen) nehmen. Der Tag der Abreise Ihrer Majestät ist vorläufig auf den 23. d. festgesetzt.

Se. k. Hoheit Erzherzog Franz Karl wird sich im Laufe dieser Woche zum Besuche des Kaisers Ferdinand nach Prag begeben.

Se. k. Hoheit Erzherzog Ludwig Victor ist von Salzburg hier angekommen.

Se. k. Hoheit Erzherzog Wilhelm wird Dienstag von seiner Inspektionskreise aus Siebenbürgen hier eintreffen.

Ihre k. k. Hoheit Frau Erzherzogin Mathilde wird im Laufe dieser Woche von Venetig in Weilburg bei Baden eintreffen.

In Pra g hielten vorgestern fünfzig Zuckerfabrikanten eine Versammlung ab und es wurde der Beschluß gefaßt, morgen ein Exposé an das Abgeordnetenhaus zu richten, in welchem beantragt wird, die bloßen Mithrauenstotum oder eine weitere Tendenz, die ganze Steuerreform zu hintertreiben, sich deduzieren lasse, wagen wir nicht zu bestimmen. Jedenfalls hat der Borgang zu der Befürchtung im Hause Anlaß geboten, daß dadurch die Permanenz des Ausschusses sowohl und conqueuter Weise auch die Reform der directen Besteuerung in dieser Legislatur soweit wie abgelehnt sei. Wir können diese Befürchtung, so gerechtfertigt sie gegenwärtig sein mag, nichttheilen, da wir uns nach unseren constitutionellen Prinzipien den Borgang in einem gesetzgebenden Körper des Reiches unmöglich denken können, Gesetzesvorlagen von Jahr zu Jahr Ausschüssen zur mühevollen und langwierigen Bearbeitung zuzuweisen mit dem vollen Bewußtsein, daß die Ausschussoperate zu einer Durchberatung in den beiden Häusern gar nicht gelangen werden. Unseres Erachtens nach ist die Steuerreform Österreichs eine so tiefgeführte Notwendigkeit und von so hoher Wichtigkeit, daß die Volksvertretung in Österreich eigentlich keine dringlichere Aufgabe hätte, als den wohlgegrundeten Beschwerden über ungerechte und theilweise übergeschworene Belastung der Steuerträger, wie sie in dem bisherigen Steuersystem begründet ist, endlich die ersehnte

Aus München, 7. d., wird geschrieben: Der Eiterat und Hausbesitzer L. Wittmann in Landshut, welcher bei der Schwergerichts-Verhandlung, in der er von der Anklage wegen Preßvergehens freigesprochen wurde, erklärte er sei weder Katholik noch Protestant, sondern geradeweg Christ, ist, wie die N. Nachr. mittheilen, weil er jede Erklärung über die angeführte Neuerung verweigerte, von Ordinariat München. Freyung aus der katholischen Kirche ausgeflossen worden und wird die Excommunication heute über vier Wochen von den Kanzeli Landshuts feierlich verkündet werden.

Aus Berlin, 14. Mai, meldet ein Tel. der Wiener Chr.: Gestern fand Ministerrath, wie man glaubt, wegen der österreichischen Antwort statt. Eine Cini-

gung ist nicht erfolgt. Der König ist trotz Widerstand Bismarck's nicht abgeneigt, mit dem Herzoge von Augustenburg zu unterhandeln. — Die Annahme der Zollvereinigungsklausel durch den Kammerausschuss ist umsohrcheinlich.

Die Berliner "Montags-Ztg." schreibt: Erst jetzt ist als definitiv anzusehen, daß Se. Majestät der König die Sommerreise genau wie im vergangenen Jahre einrichten und sich zum Gebrauch der Kur nach Carlsbad und zur Nachkur nach Gastein begeben wird. Se. Majestät den König werden diesmal, so weit es bis jetzt bestimmt ist, auf der Reise nach Carlsbad auch und dessen Ablehnung identisch ist mit der Ablehnung der Steuerreform überhaupt. Uebrigens hoffen wir seit zwei Jahren keine brasilianische Gesandtschaft in England bestehen, zeigte sich noch der Umstand als ein unübersteiglicher, daß Königin Victoria dahn sich ausgesprochen hat, daß sie weder eine Gesandtschaft annehmen, noch in irgend welche Beziehungen mit dem brasilianischen Hof treten könne, bis jeder der vom Jahre 1829 bis 1842 von englischen Capern aufgebrachten und der brasilianischen Regierung zu 7jähriger Lehrlingzeit übergebenen Priseunreger, sog. "Africanos livros", sowie deren Nachkommen in Freiheit gesetzt seien und auch den ihnen vertragsmäßig zukommenden Lohn für die ganze Zeit, in welcher sie in der Sklaverei gehalten worden sind, eine Summe, die eine halbe Million £. St. um Vieles übersteigt, ausgezahlt erhalten haben. Nachdem obiger Versuch fehlgeschlagen, verließ die Erbprinzessin England und begab sich nach Coburg, von wo sie nach Wien reiste.

Eant Berichten aus Mexico hat Cortina Saltville occupiert und bedroht Matamoras. Die Kaiserlichen unter Argon hatten bei Piedras eine Schlappe erlitten.

Alle türkischen Beamten sind aufgefordert worden,

für eine Summe, die ihrem rückständigen Gehalte gleichkommt, auf die neue türkische Anleihe zu unterzeichnen.

Paris, 13. Mai. Der Prinz Napoleon ist gestern Morgen mit der Lyoner Bahn nach Marseille abgereist, um sich heute früh nach Ajaccio einzuschiffen, wo am 15. die Festlichkeiten beginnen. Auf der Rückfahrt von Algerien wird auch der Kaiser Ajaccio besuchen. — Die Strikes dauern fort. Die Arbeiterinnen der Pariser Waschweiber haben jetzt auch ihre Arbeiten eingestellt. Dieselben verlangen drei Franken Lohn und wollen nur acht Stunden arbeiten. Bisher arbeiteten sie elf Stunden und erhielten zwei Franken Lohn. Die Pariser befinden sich natürlich in großer Verlegenheit, da die Arbeitseinstellung jetzt beinahe drei Wochen dauert und die weiße Wäsche anfängt, selten zu werden. Die Leinwandländer machen da bei gute Geschäfte. Unter Pariser Kutschern herrscht auch große Aufregung; ein Theil derselben hat seine Zügel niedergelegt und man glaubt, daß alle diesem Beispiel folgen werden, wenn die Forderungen, die sie gestellt, nicht erfüllt werden. Der Credit Mobilier, dem fast alle Pariser Omnibusse und der größte Theil der Pariser Droschen und Remisewagen angehören, wird jedoch wohl nachgeben müssen, zumal die Kutschier im Grunde genommen, schlecht bezahlt sind und dabei sehr streng gehalten werden. Eine andere Verlegenheit wurde der genannten Gesellschaft noch dadurch eingestellt, daß die Huschmiede ihre Arbeiten ebenfalls eingestellt haben. Die Gesellschaft half sich jedoch dadurch, daß sie sich an die Regierung wandte und diese ihr die Huschmiede der Armee zur Verfügung stellte. Dies ist ein Angriff in die Rechte, die das Coalitionsgebot den Arbeitern gibt und die Regierung hätte es sich eigentlich nicht erlauben dürfen. — Die Finanz-Borlage der Regierung wird wohl bis zum 17. d. Mts. gedruckt sein, aber kaum vor dem 20. verhindert werden. Da man den Abgeordneten Zeit lassen muß, den Entwurf zu prüfen und zu studiren, so wird die Debatte über den wichtigen Gegenstand vor dem 1. Juni beginnen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, bereitet k. Thiers eine lange Philippic über das Budget gegen die Finanz-Berwaltung vor. Die Freunde des berühmten Redners versichern, daß er noch immer die scharfe Auslastung welche der Staats-Minister gegen ihn gerichtet, nicht vergeben habe und daß er die empfangenen Streiche bei der ersten Gelegenheit zurückgeben werde. Wir hören, daß Herr Thiers nach Beendigung der Kammer-Sitzungen oder vielmehr gegen den Herbst mit seiner Familie eine Reise nach Rom machen wird, wo ihm nach seiner Rede zu Gunsten der wellischen Gewalt alle Aussicht auf den freundlichsten Empfang eröffnet sein soll. — Der so genannte Decentralisations-Ausschuss hat sich dafür ausgesprochen, daß den Gemeinderäthen freigestellt werden soll, ihre betreffenden Namen, Abstimmungen und Ansichten zu Protocoll zu geben.

Frankreich.

Dänemark.

Großbritannien.

Am Sonnabend den 30. April, versammelten sich in Kopenhagen 2—300 Arbeiter der Umgegend und zogen mit Flaggen und einem Violinspieler an der Spitze nach Sölyst zu dem Besitzer der Ziegelei mit der Forderung, die deutschen Arbeiter zu verabschieden. Am vorigen Sonntag Nachmittags wiederholte die Demonstration und die Polizei konnte es nicht verhindern, daß die Thüre an der Wohnung der Deutschen aufgebrochen und diese hinausgejagt wurden. Eine auf der Ziegelei befindliche Eglomise ward als Signal zum wiederholten Sturm laufen auf die Wohnung benutzt, einige Polizeidienner wurden dabei durch Steinwürfe verletzt und erst Abends um neun Uhr nach dem Eintreffen des Polizeimeisters und einer vom Eigentümer der Polizei requirierten Husarenabteilung war die Ruhe wieder hergestellt, so daß die Deutschen ihre Nachtquartiere wieder beziehen konnten.

Nusland.

Der "Dziennik Warsz.", der in langem Citat aus dem "Glos wolny" den fortgesetzten Krieg des Konoden Emigrationsblattes mit den "Siegelregierung" im allgemeinen und mit der sogenannten Warschauer Nationalregierung und seinem berühmten unter der Präsidenschaft Bosaks stehenden Repräsentationscomité mustert, hebt schließlich bei Gelegenheit der Notiz, daß die Ultra's der Emigration voll Entfaltung über die "Opinion nationale" ist, weil sie die Annahme der Amnestie angerathen, eine neuliche Stelle des "Gazas" hervor, der ebenfalls diese seine Ex-Freundin", wie sie der "Dziennik Warsz." nennt, mit Geringsschätzung behandelt, weil sie der Sache Polens im Unglück abtrünnig werde. "Im Wesentlichen" lautet die bemerkenswerthe Stelle —, ist der Wert jeder leidenschaftlichen Vertheidigung nicht groß, denn sie überzeugt nicht nur Niemanden, sondern geht oft noch von einem Extrem zum andern und bringt dann anstatt Nutzen Schaden, allein... wo der Nutzen nicht groß war, da ist ebenso nicht groß der Schaden." Der "Gaz" beweist, schließt der "Dziennik Warsz.", daß in dem Rath der "Opinion nationale", sich mit Russland zu verbünden, weder böser Wille noch Glauben gelegen und sagt deshalb, man müsse auf die momentane Verzweiflung verzichten.

Der russische "Invalid" bringt den ganzen Wortlaut der kaiserl. Urk. welche General Murawieff wegen gänzlich angegriffener Gesundheit von seinem Posten in Litthauen abberufen und den Generalleutnant Kauffmann an seiner Statt berufen. Ebensowenig wurden Potopow, der provvisorische Vertreter Murawieffs, sowie sein Gefährte Chruszczew ihrer Stellen entbunden. Ersterer kehrte zum Gefolge des Kaisers zurück, letzterer wurde nach dem Auslande beurlaubt. In dem kaiserlichen Rescript an General Murawieff drückt der Kaiser seine allerhöchste Befriedigung über dessen Amtirung aus, ernennt ihn zur Belohnung zum Grafen des Kaiserreichs und fügt der Unterschrift eigenhändig die Worte hinzu: "Aufrichtig Ihnen dankbar." Es ist Rizza, 29. April, datirt.

Amerika.

Aus New York, 3. Mai, wird gemeldet: Der Krieg ist thatsächlich beendet. Die Stärke der Armee Johnston's welche capitulirt hat, beträgt einschließlich der Corps von Beauregard, Hardee und Breckinridge 27.000 Mann. Stoneman's Cavalierie hat dem flüchtigen Jefferson Davis nachzufolgen. Der Er-Präsident soll nur 300.000 Dollars mit sich führen. In Mobile haben sich 30.000 Ballen Baumwolle vorgefundnen, welche, wie behauptet wird, englisches Eigentum sind. Seit Mobile's Fall ergaben sich 10.000 Verwundete. Payne soll das Attentat auf Seward eingestanden haben.

Ältere Nachrichten aus New-York, 25. April zufolge, sind Subscriptionen zum Besten der hinterlassenen Familie des Herrn Lincoln und zur Errichtung von Monumenten für Letzteren bereits aller Orten im Gange; für erstere wird man reichlich sorgen; um die Geschenke zu möglichst allgemeinen zu machen, werden wahrscheinlich nur Subscriptionen zu 1 Dollar angenommen werden. Doch haben einzelne Männer, wie Marshal Roberts hier, bis 10.000 Dollars gezeichnet. — Booth's Spießgeselle, Harrold, der Anfangs große Gleichgültigkeit zur Schau trug, soll gestern seine Lage mehr erkennen und würdigen und seine Reue durch Thränen kund geben. Derselbe

Belgien.

König Leopold hat den Gouverneur von Lüttich, de Luesmans, und den General-Lieutenant Fleury-Duray, Commandeur der dritten Division beauftragt, Se. Majestät den König von Preußen bei seinem Aufenthalte in Aachen im Namen des Souveräns zu begrüßen.

Die belgische Kammer hat am 12. d. ohne wesentliche Debatte einstimmig die Änderungen des Cis-tilgesegbuchs genehmigt, wonach es künftig in einem Christ, ist, wie die N. Nachr. mittheilen, weil er jede Erklärung über die angeführte Neuerung verweigerte, von der König hat seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben. Die russische Flotte wird am Freitag von hier absegeln.

Aus Lissabon, 11. Mai, wird telegraphiert: Die Deputirtenkammer hat mit 98 gegen 15 Stimmen ein Mithrauenstotum gegen das Ministerium ausgesprochen. In Folge davon hat das Ministerium dem Könige die Auflösung der Kammer vorgeschlagen und der König hat seine Zustimmung zu diesem Schritte gegeben. Die russische Flotte wird am Freitag von hier absegeln.

Die Lütticher Studenten wollen im November d. J. einen Congress ihrer inländischen und auswärtigen Commissionen nach Lüttich berufen, um ein langes Programm von Fragen aus dem Gebiete des Unterrichtes und der Politik zu erörtern.

Amtsblatt.

Kundmachung.

(456. 1)

Erkenntnis.

Das f. f. Landesgericht in Wien in Straßfachen erkennt kraft der ihm von Sr. f. f. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt, über den von der f. f. Staatsanwältin ausgewiesener Vertretung der Kaiserl. französischen Botschaft gestellten Antrag, unter gleichzeitiger Bestätigung der von der Sicherheitsbehörde vorgenommenen Beiflagnahme der Druckchrift: "Anti-Caesar, Gelegenheitsbemerkungen des Labienus von A. Rogard. Ein Commentar zur Geschichte Julius Cäsars von Napoleon III.", daß der Inhalt dieser Druckchrift das Vergehen der Ehreleidigung, strafbar nach den §§ 488, 491, 493 und 494 lit. a. St. G. begründet und verbietet damit nach § 36 p. G. das Verbot ihrer weiteren Verbreitung.

Die mit Beschlag belegten Exemplare sind zu vernichten. Vom f. f. Landesgerichte in Straßfachen.

Wien, am 15. April 1865.

Der f. f. Landesgerichts-Präsident,

Boschan m. p.

Der f. f. Rathsscretär,
Thallinger m. p.

Kundmachung.

(457. 1)

Erkenntnis.

Das f. f. Landesgericht Wien in Straßfachen erkennt kraft der ihm von Sr. f. f. Apostol. Majestät verliehenen Amtsgewalt, daß der Inhalt der Druckchrift: "Réponse à Napoléon III César apprécie à sa juste valeur. En vente chez tous les libraires — Impr. et Lith. de L. Severeys et A. Taust", das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe nach § 65 lit. a. St. G. B. begründet und verbietet damit nach § 36 p. G. das Verbot der weiteren Verbreitung.

Vom f. f. Landesgerichte in Straßfachen.

Wien, am 15. April 1865.

Der f. f. Landesgerichts-Präsident:

Boschan m. p.

Der f. f. Rathsscretär:
Thallinger m. p.

Kundmachung.

(458. 1-3)

Edykt.

In der 1. Hälfte des Monates April l. J. ist die Rinderpest im Lemberger Verwaltungsgebiete in 5 Ortschaften erloschen, u. z. in 2 des Zolkiewer Kreises und in je einer des Stanislauer, Samborer und Kolomener Kreises. Ausgebrochen ist die Seuche in 3 Ortschaften, u. d. im herrschaftlichen Hof zu Winniki des Zolkiewer, Olchowczyk des Czortower und Krehowice des Starwyer Kreises. In den letztgenannten 2 Ortschaften wurde sie gleich nach ihrem Auftreten durch Anwendung der Keule unterdrückt.

Diese Mittheilung der Lemberger f. f. Statthalterei vom 24. v. M. wird zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

R. f. Statthalterei - Commission.

Krakau, den 10. Mai 1865.

Edykt.

(448. 3)

Edykt.

C. kr. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Ludwika Trzeszczkowskiego, Telę z Trzeszczkowskich Żurkowską, Józefa i Wiktorę małżonków Nyczów lub ich spadkobierców, tudzież spadkobierców s. p. Anny Trzeszczkowskiej, ze przeciw tymże pp. Karol i Władysław Trzeszczkowski, Ludwika z Trzeszczkowskich Hollenderowa, i Leokady z Trzeszczkowskich Arnoldowa — o przyznaniu prawa własności 2/3 części większej części dóbr Radocza „Trzeszczkowszczyzny” zwanej i o wykreślenie prawa dożywocia s. p. Anny Trzeszczkowskiej na owej części zapisanego pod 13 kwietnia 1865 l. 7173 wniesli pozew, w załatwieniu tegoż pozwu do ustnej rozprawy wyznacza się termin na dzień 22 sierpnia 1865 o godz. 10 przed południem.

Gdy miejsce pobytu pozwanego, tudzież imiona spadkobierców niewiadome są, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i niebezpieczeństwo tychże tutejszego adwokata p. Dra. Witskiego kuratorem nieobeconym ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicy obowiązującego przeprowadzony będzie; przeszczajac mu jako zastępcę p. adw. Dra. Schönbora.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanąć, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielić, lub wreszcie innego obrońcy sobie wybrać i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania skutki sobie przypisać musiał.

Kraków, 24 kwietnia 1865.

Edykt.

(448. 3)

Edykt.

C. kr. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Aleksandra Jaźwińskiego, Telę z Paris, Elinie Gołuchowicz, Józefu i Wiktorze małżonków Nyczów lub ich spadkobierców, tudzież spadkobierców s. p. Anny Trzeszczkowskiej, ze przeciw tymże pp. Karol i Władysław Trzeszczkowski, Ludwika z Trzeszczkowskich Hollenderowa, i Leokady z Trzeszczkowskich Arnoldowa — o przy-

znanie prawa własności 2/3 części większej części dóbr Radocza „Trzeszczkowszczyzny” zwanej i o wykreślenie prawa dożywocia s. p. Anny Trzeszczkowskiej na owej części zapisanego pod 13 kwietnia 1865 l. 7173 wniesli pozew, w załatwieniu tegoż pozwu do ustnej rozprawy wyznacza się termin na dzień 22 sierpnia 1865 o godz. 10 przed południem.

Gdy miejsce pobytu pozwanego, tudzież imiona spadkobierców niewiadome są, przeto ces. król. Sąd krajowy w celu zastępowania pozwanych, jak również na koszt i nie bezpieczeństwo tychże tutejszego adwokata p. Dra. Witskiego kuratorem nieobeconym ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicy obowiązującego przeprowadzony będzie; przeszczajac mu jako zastępcę p. adw. Dra. Schönbora.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanym, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanąć, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla nich zastępcy udzielić, lub wreszcie innego obrońcy sobie wybrać i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania skutki sobie przypisać musiał.

Kraków, 24 kwietnia 1865.

Edykt.

(451. 3)

Edykt.

C. kr. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Aleksandra Jaźwińskiego, Telę z Paris, Elinie Gołuchowicz, Józefu i Wiktorze małżonków Nyczów lub ich spadkobierców, tudzież spadkobierców s. p. Anny Trzeszczkowskiej, ze przeciw tymże pp. Karol i Władysław Trzeszczkowski, Ludwika z Trzeszczkowskich Hollenderowa, i Leokady z Trzeszczkowskich Arnoldowa — o przy-

znanie prawa własności 2/3 części większej części dóbr Radocza „Trzeszczkowszczyzny” zwanej i o wykreślenie prawa dożywocia s. p. Anny Trzeszczkowskiej na owej części zapisanego pod 13 kwietnia 1865 l. 7173 wniesli pozew, w załatwieniu tegoż pozwu do ustnej rozprawy wyznacza się termin na dzień 22 sierpnia 1865 o godz. 10 przed południem.

Gdy miejsce pobytu pozwanego wiadomem nie jest, przeto c. k. Sąd krajowy w celu zastępowania

pozwanego jak również na koszt i niebezpieczeństwo jego tutejszego adw. p. Dra. Witskiego kuratorem nieobeconego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicy obowiązującego przeprowadzony będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktom pozwanemu, aby w wyż oznaczonym czasie albo sam stanąć, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielić, lub wreszcie innego obrońcy sobie wybrać i o tem c. k. Sądowi krajowemu doniósł, w ogóle zaś aby wszelkich możnych do obrony środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym wynikle z zaniedbania skutki sobie przypisać musiał.

Kraków, 1 maja 1865.

N. 7919. **Edykt.** (452. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Aleksandra Jaźwińskiego, że przeciw niemu Towarzystwo wzajemnych ubezpieczeń od ognia w Krakowie o zapłacenie sumy 311 zł. w. a. pod dniem 25 kwietnia 1865 do 1. 7919 wniosło pozew, w załatwieniu tegoż pozwu poteconem zostało pozwanemu, aby powyzszą sumę w przeciagu dni 3 pod rygorem egzekucji wekslowej wypłacił.

Kraków, 1 maja 1865.

N. 7920. **Edykt.** (452. 3)

Ces. król. Sąd krajowy Krakowski zawiadamia niniejszym edyktom p. Aleksandra Jaźwińskiego, że przeciw niemu Towarzystwo wzajemnych ubezpieczeń od ognia w Krakowie o zapłacenie sumy 311 zł. w. a. pod dniem 25 kwietnia 1865 do 1. 7919 wniosło pozew, w załatwieniu tegoż pozwu poteconem zostało pozwanemu, aby powyzszą sumę w przeciagu dni 3 pod rygorem egzekucji wekslowej wypłacił.

Kraków, 1 maja 1865.

N. 7921. **Edykt.** (453. 2-3)

Jakuba Rojka z życia i pobytu niewiadomego, lub jego spadkobierców zawiadamia się niniejszym edyktom, że z ceny kupna realności pod 1. 308 gm. III w Krakowie położonej kwota 41 zł. 61 kr. w. a. w gotowiznie dla niego do depozytu sądowego złożoną została. Kuratorem tej masy ustanawia się p. adwokata Dra. Rosenblatta ze substytucją p. adw. Dra. Koreckiego.

C. k. Sąd delegowany miejski.

Kraków, 30 kwietnia 1865!

N. 7922. **Kundmachung.** (459. 1-3)

Babette Reich wid. Moses Samuel Bronner und Jakob Bronner pco. schuldiger Wechselsumme pr. 1000 fl. s. W. c. s. c. sub praes. 4. Mai 1865 eine Klage überreicht und um gerichtliches Erkenntniß hierüber gebeten, in Folge dessen wider Hrn. Moses Samuel Bronner und Jakob Bronner auch die Zahlungsauflage ddo. 5. Mai 1865 3. 3531 erlassen wurde.

Nachdem dem f. f. Kreisgerichte der gegenwärtige Aufenthalt der Herrn Geflagten nicht bekannt ist und dieselben sich möglicherweise außerhalb der f. f. Kronländer befinden, hat dasselbe auf Kosten und Gefahr der letzteren den inschl. Landesadvocaten Herrn Dr. Demel zu ihren Curator bestellt, mit welchem diese Rechtsache dem Geschebe gemäß verhandelt und hierauf entschieden werden wird.

Hr. Moses Samuel Bronner und Hr. Jakob Bronner werden daher hieron mittels dieses Edictes zu dem Ende in Kenntniß gesetzt, daß dieselben entweder rechtzeitig selbst erscheinen, oder dem bestellten Herrn Curator ihre Rechtsbehelfe an die Hand geben, oder aber sich einen andern Sachwalter bestellen, und diesem Gerichte nahmhaft machen, überhaupt alles vorkehren, was dieselben zur Wahrung ihrer Rechte notwendig erachten, weil sie sonst die Folgen ihres Versäumnisses sich selbst zuzuschreiben haben würden.

Teschen, am 5. Mai 1865.

N. 7923. **Edict.** (444. 3)

Vom Tarnower f. f. Kreisgerichte wird hiermit bekannt gemacht, daß zur Verpflichtung der Tuchower städtischen Propriation auf die Zeit vom 1. November 1865 bis Ende Dezember 1868 mit dem Fiskalpreise von 2420 fl. 50 kr. s. W. eine Eicitation am 19. Juni l. J., falls diese ungünstig ausfallen sollte, am 3. Juli 1865 die zweite und am 17. Juli 1865 die dritte Eicitationen. Verhandlung in der Tuchower Bezirksamt-Kanzlei, Vormittags um 9 Uhr abgehalten werden wird.

Von der f. f. Kreisbehörde.

Tarnow, 9. Mai 1865.

N. 7924. **Edict.** (444. 3)

Vom Tarnower f. f. Kreisgerichte werden alle diejenigen, welche an den verstorbenen Krośnaer Gränzamtmann Rafael Ostoja Niedzwiecki vermöge dieses seines Amtes, sei es wegen rückständiger Taxen oder anderer ihm zur gerichtlichen Verwahrung übergebenen Privatgelder eine Forderung zu stellen haben aufgefordert, sich binnen einem Jahre und Tage nach Kundmachung dieses Edictes bei diesem f. f. Kreisgerichte um so sicher zu melden, als sonst mit der Derivitulierung und Löschung der Dienstaufgaben desselben vorgegangen werden wird.

Aus dem Rathje des f. f. Kreisgerichts.

Tarnow, 15. März 1865.

N. 7925. **Edict.** (445. 2-3)

Vom Tarnower f. f. Kreisgerichte werden alle diejenigen, welche an den verstorbenen Krośnaer Gränzamtmann Rafael Ostoja Niedzwiecki vermöge dieses seines Amtes, sei es wegen rückständiger Taxen oder anderer ihm zur gerichtlichen Verwahrung übergebenen Privatgelder eine Forderung zu stellen haben aufgefordert, sich binnen einem Jahre und Tage nach Kundmachung dieses Edictes bei diesem f. f. Kreisgerichte um so sicher zu melden, als sonst mit der Derivitulierung und Löschung der Dienstaufgaben desselben vorgegangen werden wird.

Aus dem Rathje des f. f. Kreisgerichts.

Tarnow, 15. März 1865.

N. 7926. **Edict.** (445. 2-3)

Vom f. f. Kreisgerichte zu Teschen wird hiermit bekannt gemacht, es habe Herr Dr. Rössler m. n. der Fr. Marie Leschner in Oświęcim wiber Moses Samuel Bronner und Jakob Bronner pco. schuldiger Wechselsumme pr. 2000 fl. s. W. c. s. c. sub praes. 4. Mai 1865 eine Klage überreicht und um gerichtliches Erkenntniß hierüber gebeten, in Folge dessen wider Hrn. Moses Samuel Bronner und Jakob Bronner auch die Zahlungsauflage ddo. 5. Mai 1865 3. 3530 erlassen wurde.

Nachdem dem f. f. Kreisgerichte der gegenwärtige Aufenthalt der Herrn Geflagten nicht bekannt ist und dieselben sich möglicherweise außerhalb der f. f. Kronländer befinden, hat dasselbe auf Kosten und Gefahr der letzteren den inschl. Landesadvocaten Herrn Dr. Demel zu ihren Curator bestellt, mit welchem diese Rechtsache dem Geschebe gemäß verhandelt und hierauf entschieden werden wird.

Herr Moses Samuel Bronner und Herr Jakob Bronner werden daher hieron mittels dieses Edictes zu dem Ende in Kenntniß gesetzt, daß dieselben entweder rechtzeitig selbst erscheinen, oder dem bestellten Herrn Curator ihre Rechtsbehelfe an die Hand geben, oder aber sich einen andern Sachwalter bestellen und diesem Gerichte nahmhaft machen, überhaupt alles vorkehren, was dieselben zur Wahrung ihrer Rechte notwendig erachten, weil sie sonst die Folgen ihres Versäumnisses sich selbst zuzuschreiben haben würden.

Teschen, den 5. Mai 1865.

N. 7927. **Edict.** (446. 1-3)

Vom f. f. Kreisgerichte zu Teschen wird hiermit bekannt gemacht, es habe Hr. Dr. Rössler m. n. der Frau

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barom.-Höhe auf Paris, Einie o. Raum. red.	Temperatur nach Measuring	Relative Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Aenderung d. Wärme im
------	-----------------------------------------------------	---------------------------------	--------------------------------------	-----------------------------------	---------------------------	------------------------------	--------------------------